

Die Zensur und ihre Gefahren.

Ueber die Zensur in — England darf man sich in Oesterreich unterhalten; wird doch von dem amtlichen k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau das Material zur Beurteilung ununterbrochen geliefert. Man lese nur die gestrige Meldung über die Ausführungen Londoner Blätter, daß die phantasielose Geheimtuererei der britischen Behörden das stärkste Befremden in der Union erzeuge, daß man sich in Amerika sage, das seien nicht bloß Ungereimtheiten des Zensors, sondern es werde schon notwendig sein, die Dinge zu verschleiern. Aber man mache den Versuch, von der Zensur in Oesterreich zu reden! In der heutigen Nummer haben wir zweimal einen schüchternen Anlauf genommen; aber beidemal war das Ergebnis der weiße Fleck.

Wir wollen unseren Lesern gleich mitteilen, daß wir noch einmal den ernstlichen Versuch unternommen haben, diese Handhabung der Zensur auf ihre Widerstandsfähigkeit zu prüfen, nämlich ob sie nur auf der Ueberangst und dem Uebereifer der Herren Staatsanwälte beruht oder ob sie von der Regierung gebilligt wird. Wir haben also heute die Ausstragungen erst vorgenommen, nachdem die Polizeidirektion die Einstellung der Verbreitung dieser drei Stellen auf Grund des Ausnahmezustandes verfügt hatte. Daraufhin haben wir an den Herrn Statthalter eine eingehende Beschwerde gerichtet und ihn unter Vorlage eines reichen Materials — wenn es natürlich von der gegenwärtigen Unterdrückungspraxis nur ein bescheidener Ausschnitt ist — in die Lage gesetzt, darüber selbst zu urteilen, ob sich die tägliche „Ausstraherei“ in der Arbeiterzeitung, die zum Unterschied von den bürgerlichen Blättern nicht überreichte Meldungen, sondern ausschließlich die Kritik trifft, auf irgend ein ernstes Staatsinteresse — immer im Sinne der Behörden gemeint — berufen könne. Tatsächlich gehört das Kapitel von der Zensur zu den ersten Angelegenheiten des öffentlichen Lebens, weshalb die Regierung wohl verpflichtet wäre, der Sache doch eine ernsthafte Beachtung zu widmen und es nicht einfach so gehen zu lassen, wie es der vereinigte Zensur im Landesgericht beliebt. Wir wollen noch einmal zeigen, wie, von der Pressefreiheit ganz abgesehen, die so geartete Handhabung der Zensur schweren Schaden stiftet.

Keine Verwaltung ist allwissend und unfehlbar; sie wird es auch während des Krieges nicht. Nun sind jetzt alle Faktoren, aus deren gemeinsam und im Widerstreit vollzogener Untersuchung sich erst das richtige Urteil über eine Maßregel ergibt, völlig ausgeschaltet; es gibt jetzt keinen Reichsrat, keine Landtage, keinen Gemeinderat, keine Versammlungen, keine Beiräte, kurz die Bureaucratie ist vereinsamt auf weiter Flur übrig geblieben. Das einzige Gegengewicht gegen ihre in den Dingen begründete Einseitigkeit und Unzulänglichkeit bietet nur noch die Presse; macht man auch die mundtot, so kann sich der Wille, die Meinung, der Wunsch der Bevölkerung überhaupt nicht mehr äußern. Die Gefahr von Fehlgriffen wird danach aber sehr gesteigert; die Regierung kann ja nicht alles wissen, nicht alles verstehen, und wenn niemand mehr raten und fordern darf, so muß die Möglichkeit des Irregehens wachsen.

die Freiheit der Presse, eine Berufung auf die Würde des unabhängigen Publizisten während eines harten Krieges besonders durchschlagend wäre; kennen wir doch den Grad unserer Freiheit der Meinungsäußerung schon ausreichend von den Friedenszeiten her. Aber wir möchten den verantwortlichen Faktoren die Schädlichkeit dieses Uebermaßes von Zensur, den Schaden, den sie dem Staate zufügt, klarmachen und zum Bewußtsein bringen und aus dieser Erkenntnis die Besserung hervorgehen lassen.

Aber wer sind diese „verantwortlichen Faktoren“? Die Sache würde zum Beispiel auch sehr den Herrn Minister des Außern angehen, eine Erwägung ebenso der gemeinsamen wie der österreichischen Regierung sein müssen. In Wahrheit ist absolut nicht zu erkennen, in wessen Bereich diese sehr nötige Aufmerksamkeit fällt. Es werden sich zwar wahrscheinlich viele Leute darum bekümmern, daß viel konfisziert werde; niemand aber, daß nicht zu viel konfisziert wird; niemand darum, daß der Glaube in Oesterreich werde die Stimmung nicht durch Unterdrückung aufrecht erhalten, an der Bewegungsfreiheit der Presse einen Halt finde. Die weißen Flecke fallen den Leuten auf, im Inland wie im Ausland, und das Auffällige stimmt zu einer Nachdenklichkeit und verführt zu Urteilen, die für den Staat nicht nützlich sind. Aus Staatsinteresse sollte der Zensur Einhalt geboten werden.

Da ist nun die Bemerkung auf der ersten Seite unterdrückt worden, in der wir die Erklärung geben wollten, warum wir die Artikel des preussischen General abdrucken; obwohl der General Blume ein hervorragender Fachmann ist, wird sein Erscheinen in einem sozialdemokratischen Blatte eine Erklärung brauchen. Wir mußten dabei natürlich auch auf die Schwierigkeiten hinweisen, die einer Eigendarstellung der Kriegslage durch unsere Militärzensur erwachsen; das ist aber nicht erlaubt. In der Notiz unter den Tagesneuigkeiten über das Verbot des Stückes von Bartsch wurden dreidreiviertel Zeilen unterdrückt; wie dürfte man sich auch einen Scherz über die Theaterzensur erlauben? In der weiteren: Wie es bei der Musterung zugeht, wurden dreieinhalb Zeilen gestrichen; es stand darin über die Wirtschaft in den Gemeindefanzleien ein deutliches Wort. Derlei sind die Sorgen, die die Zensur jetzt hat!

Das Mißverhältnis zwischen dem Kriege und seiner letzten Ausstrahlung, den Ausstragungen von Zeilen und Worten, entbehrt der Komik nicht: nur daß eben die Komik, die sich in dem kleinlichen Bevormunden der Zeitungen äußert, einen bitteren Beigeschmack hat. Es mag ja sein, daß die Zensur der unzertrennlige Begleiter des Krieges ist — aber das macht den Krieg nicht liebenswerter — aber daß deshalb die Zeitungen behandelt werden müßten, als bestünde die Bevölkerung aus zarten Backfischlein, die jedes schroffere Wort erzittern macht, das ist selbstverständlich nicht richtig.

Die Freiheit der Presse, eine Berufung auf die Würde des unabhängigen Publizisten während eines harten Krieges besonders durchschlagend wäre; kennen wir doch den Grad unserer Freiheit der Meinungsäußerung schon ausreichend von den Friedenszeiten her. Aber wir möchten den verantwortlichen Faktoren die Schädlichkeit dieses Uebermaßes von Zensur, den Schaden, den sie dem Staate zufügt, klarmachen und zum Bewußtsein bringen und aus dieser Erkenntnis die Besserung hervorgehen lassen.